Wiener Stadt-Bibliothek

134222 A

I Exp 2

A 134222
46

Seipel-Steuern oder Breitner-Steuern?

Die Wahrheit über die Steuerpolitik der Gemeinde Wien

Preis 20 Groschen

Wien 1927

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung

a 134222

WIENER STADTBIBLIOTHEK

M 184604

Rede des Stadtrates Hugo Breitner

Gehalten am 31. Jänner 1927 in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses

Die sozialdemokratische Wiener Gemeindeverwaltung ist der Gegenstand des erbitterten Hasses der Bourgeoisie, weil sie neue Wege geht, weil sie sich voll und ganz in den Dienst des arbeitenden Volkes gestellt hat. Zum erstenmal ereignet sich dies im vielhundertjährigen Leben dieser Stadt, die bis zur Revolution stets auf Grund des Wahlunrechtes von der Minderheit der Bevölkerung beherrscht und verwaltet wurde. Die Bourgeoisie, die Banken, die Industrie und die mit ihnen einträchtig verbündeten reaktionären Kräfte der alten Monarchie wollen sich in diesen ungewohnten Zustand nicht fügen; sie hoffen durch einen gemeinsamen Ansturm

die rote Festung zu Fall zu bringen,

die alte Herrschaft der Besitzenden wieder aufzurichten.

Früher als sonst in Wahljahren setzt die Bewegung ein und in weitaus heftigeren Formen. Das ist kein Zufall. Es war die Absicht der Christlichsozialen, die Regierung Ramek trotz ihrer Unfähigkeit bis kurz vor den Wahlen zu dulden. Dann wollten sie in neuer Aufmachung unter der Führung Seipels den Wahlkampf aufnehmen. Dieser Plan ist gestört worden.

Die Schmutzwellen der Bankenskandale

waren zu hoch und zu trüb und haben die Regierung Ramek-Rintelen hinweggeschwemmt. Seipel, der in strahlender

Reinheit auf den Plan treten wollte, muß nun selbst alle von seiner durch und durch korrupten Partei verschuldeten Folgen tragen und decken. Deshalb war seine erste taktische Maßnahme

ein Ablenkungsmanöver!

Nur von etwas anderm reden! Nur nicht von den bei der Zentralbank verlorengegangenen neunzig Millionen Schilling! Nur nicht von der zusammengebrochenen Bauernbank mit den Spielkonten des Landeshauptmannes von Niederösterreich und des Jesaias Aberbach! Nur nicht von Sami Bronner, dem eigentlichen Herrn der arischen Deutschen Bodenbank! Nur nicht von dem lebensfrohen Finanzreferenten des Landes Steiermark, dem Dechant Prisching, der seine Börsenverluste auf das Provisionskonto der Steirerbank buchen und so verschwinden ließ! Nur nicht von Zwetzbacher, dem so jäh in die Versenkung verschwundenen Bauernführer! Nur nicht von den Milliarden, die das Bundesministerium für soziale Verwaltung bei der monarchistischen Nordisch-Oesterreichischen Bank eingelegt und gänzlich eingebüßt hat! Nur nicht von den 110 Millionen Schilling, die in wüstesten Effekten- und Frankenspekulationen von der Postsparkasse unter den Augen des Bundesministers für Finanzen und unter der unmittelbaren Aufsicht des großdeutschen Handelsministers Doktor Schürff verludert worden sind! Nur nicht vom Ahrer, der so geheimnisvoll plötzlich von Graz nach Kuba übersiedelt ist! Nur nicht von jenen 27 Milliarden Kronen, die der Finanzminister Dr. Kienböck, die Wirtschaftsleuchte der christlichsozialen Partei, vor drei Jahren aus Steuergeldern dem Börsenspekulanten Bosel zu 36 Prozent Zinsen geliehen hat und die Bosel samt Zinsen bis heute schuldig ist!

Wenn man sich die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Vorgänge greifbar vor Augen führen will, so muß man einen Augenblick lang sich vorzustellen versuchen, wie es wäre,

wenn sich das alles bei der Gemeinde Wien abgespielt hätte.

Welch ein Geheul in der bürgerlichen Presse! Welch ein Frohlocken bei den Christlichsozialen und Großdeutschen! Stellen Sie sich doch nur einmal vor, daß nicht die Postspar-

kasse, sondern die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in verbrecherischen Frankenspekulationen 110 Millionen Schilling der ihr anvertrauten Einlagen eingebüßt hätte. Es ist gar nicht auszudenken, welches wüste Schimpfen und Toben Wien erfüllt hätte, wie man über die Verwaltung hergefallen wäre, um sie mit Schmutz und Schande zu bedecken!

Der Bund hat kein Geld,

um die Altpensionisten anständig zu versorgen. Der Bund hat kein Geld, um die erbärmlich niedrige Unterstützung der Arbeitslosen, der Invaliden aufzubessern. Der Bund hat kein Geld, um die Universitätskliniken mit Instrumenten, die Universitätsinstitute mit Büchern auszustatten. Der Bund hat kein Geld, um den Kleinrentnern zu helfen. Derselbe Bund aber hat sofort neunzig Millionen Schilling gehabt, als es galt, der Zentralbank beizuspringen, die zugrunde ging, weil sie die verkrachte christlichsoziale Bauernbank und Steirerbank aufnehmen mußte. Der Bund wird aber 110 Millionen Schilling haben, um die Börsenverluste der Postsparkasse wettzumachen. Der Bund hat Geld in Fülle gehabt, um es einem Spekulanten zu leihen. Ueber all das herrscht in der bürgerlichen Presse Stillschweigen.

Stellen Sie sich doch nur einmal vor, daß sich in den Büchern einer der verkrachten vielen Banken ein gemeinsames Spekulationskonto des Landeshauptmannes von Wien mit einem Jesaias Aberbach gefunden hätte. Würde ein solcher Mann auch nur einen Tag noch im Amte geblieben sein? Stellen Sie sich doch vor, daß die Oeffentlichkeit erfahren müßte, es seien Wiener Steuergelder einem Börsenspieler ohne Sicherheit geborgt worden und seien nun verloren. Jeder einzelne Wiener Steuerträger wäre aufgehetzt worden. Jedem einzelnen hätte man erzählt, daß gerade ihm in blutiger Bedrückung der letzte Groschen abgenommen wurde, nur um dieses Geld einem Schieber in den Rachen zu werfen. Malen Sie sich doch nur aus, wie es in den Gemeinderatssitzungen zugehen würde, wenn aus den Kassen der Stadt Wien solche 27 Milliarden Kronen auf Nimmerwiedersehen zum Bosel gewandert wären! Erst wenn man sich das vorstellt, dann erst kann man beurteilen, welche Unverfrorenheit dazugehört,

daß diese Christlichsozialen sich überhaupt noch in die Oeffentlichkeit wagen,

daß sie sich getrauen, den Mund aufzumachen, oder gar die Vermessenheit haben, an der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung Kritik zu üben. (Brausende Zustimmung.) Sie müßten vor Schande in den Boden versinken, sich in ein Mauseloch verkriechen. Statt dessen haben sie sich die Taktik zurechtgelegt, durch Verdoppelung ihrer Demagogie die Aufmerksamkeit von den Verbrechen abzulenken, die von ihren Regierungen, von ihren hervorragendsten Führern, von ihren Banken begangen worden sind. Darüber soll nicht gesprochen werden. Deshalb der vereinigte Angriff des Bürgertums gegen die so verhaßte Wiener Gemeindeverwaltung. Im roten Rathaus hat sich so gar kein Skandal ereignet. Die Zentralsparkasse hielt sich auch in den Zeiten der wüstesten Spekulationen von jedem Börsengeschäft fern und ist deswegen mächtig aufgeblüht. Bei dieser roten Wiener Gemeindeverwaltung hat es der Bosel zwar gleichfalls versucht, Steuergelder zu entlehnen,

ist aber abgewiesen worden.

(Lebhafter Beifall und Hört! Hört!-Rufe.)

Hat man nur einmal erkannt, daß der Feldzug gegen die Gemeinde zunächst ein Ablenkungsmanöver ist, dann fällt die richtige Antwort nicht schwer. Jetzt muß erst recht in die Schandwirtschaft des Bundes hineingeleuchtet und immer wieder auf den Unterschied zwischen der Korruption der Christlichsozialen und der tadellosen Gebarung im roten Rathaus verwiesen werden.

Wenn man den Bürgerlichen zuhört, müßte man meinen, daß

das Steuerzahlen eine sozialdemokratische Erfindung ist.

Daran ist nur das richtig, daß die Wiener Christlichsozialen die Technik der indirekten Steuern zur Meisterschaft entwickelt haben. Die Menschen in dieser Stadt wurden systematisch in Unwissenheit darüber gelassen, welche ungeheuren Leistungen man von ihnen gefordert hat. Nur eine kleine Minderzahl wußte und weiß es heute, daß

in jeder Goldkrone Zins, die an den Hausbesitzer gezahlt wurde, mehr als vierzig Heller an öffentlichen Abgaben

enthalten waren. Wenn ein Arbeiter für seine Behausung dreißig Goldkronen zu entrichten hatte, so sind davon zwölf Goldkronen oder S 17·28 in Wirklichkeit Steuergelder gewesen. Heute macht

die Wohnbausteuer für eine solche Wohnung nur neunzig Groschen monatlich aus.

Groß ist die Wohnbausteuer nämlich nur für die Reichen: Für die Familie Rothschild etwa, die 188.000 S bezahlen muß. Für die Großbanken, deren Wohnbausteuer mehr als 1,200.000 S beträgt. (Bravo!) Wer in der Friedenszeit Gas oder elektrischen Strom verbrauchte, wer ein Glas Wasser getrunken hat, wer die Straßenbahn benützte, ist in sehr ausgiebigem Maße städtischer Steuerzahler gewesen. Mehr als 40 Millionen Schilling sind auf diese Weise als Gewinne in die Gemeindekasse geflossen. Heute verzichtet die Gemeinde auf diese indirekten Steuern. Die Folge davon ist, daß das Gas um 28 Prozent, der elektrische Strom um die Hälfte billiger ist als vor dem Kriege. Die Straßenbahnpreise sind nicht valorisiert, das Trinkwasser wird umsonst abgegeben.

Wir holen uns die Steuern auf andre Weise.

Ohne Steuern können auch die Sozialdemokraten in der kapitalistischen Wirtschaft die Verwaltung nicht führen. Wir benötigen Gelder, um die Schulen zu führen, die Feuerwehr auszurüsten, die Wohlfahrtsanstalten zu erhalten, um die Beamten und Arbeiter zu bezahlen, um die Gärten und die Straßen zu pflegen, um die Kanalräumung zu besorgen, um den Kehricht abzuführen, vor allem, um die großen Wohnbauten zu errichten. (Lebhafter Beifall.)

Die Christlichsozialen und ihre Preßtrabanten möchten den Eindruck erwecken, als ob

Bundessteuern

gar nicht bestünden. Der Umstand, daß die Gemeinde Wien die Erwerbsteuer und die Einkommensteuer für den Bund einhebt, ruft überdies bei vielen Gewerbetreibenden, Kauf-

leuten, Ärzten usw. die ganz falsche Meinung hervor, als ob die Erwerbsteuer und Einkommensteuer keine Bundessteuern, sondern Gemeindeabgaben wären. Die Wahrheit ist, daß die Gemeinde auf die Bemessung der Höhe der Erwerbsteuer und Einkommensteuer nicht den geringsten Einfluß hat. Sie kassiert diese Steuern nur für den Bund ein, wie die Post etwa die Briefe zustellt. Dieses Spiel wird ihnen aber vor allem erleichtert, weil die Christlichsozialen beim Bund so wirtschaften, wie sie es einst in Wien getan haben, weil indirekte Steuern, so furchtbar sie auch die Lebenshaltung der Massen verteuern, schwerer zu erkennen sind. Ein paar Zahlen sollen dies verdeutlichen. Von 1923 bis 1927 sind die Zölle von 113 auf 206 Millionen Schilling gestiegen, sind also fast verdoppelt. Die Zuckersteuer war 1923 mit 2·8 Millionen Schilling veranschlagt. Heuer aber erscheint sie mit 10·3 Millionen Schilling im Bundesbudget.

Das ist also eine Vervierfachung!

In einem einzigen Jahre, von 1926 auf 1927, ist die Zuckersteuer um volle sechzig Prozent gestiegen. Es gibt keine einzige Gemeindeabgabe, bei der sich innerhalb von zwölf Monaten ein derartiger Sprung vollzogen hätte. Ueber die Nahrungs- und Genußmittelabgabe, die nur von einer kleinen Minderzahl von Gast- und Kaffeehäusern und Zuckerbäckereien zu zahlen ist, wird geschimpft und gezetert. Tiefstes Schweigen aber herrscht über diese Vervierfachung der Zuckersteuer, von der doch außer den privaten Wirtschaften gerade die Gast- und Kaffeehäuser und die Zuckerbäcker betroffen werden! Warum hört man da von keinem Protest der Genossenschaften?

Der Bund hat aber nicht überall eine so harte Hand. Die Effektenumsatzsteuer ist im Voranschlag 1924 mit fünfzehn Millionen Schilling verzeichnet gewesen. 1927 erscheint sie bloß mit zwei Millionen Schilling. Die Bankenumsatzsteuer ist von fünfzehn Millionen Schilling des Jahres 1924 im heurigen Voranschlag auf 300.000 S gesunken. Das ist also bloß ein Fünfzigstel! Im Jahre 1924 hat die Valutenumsatzsteuer noch mit zehn Millionen Schilling den Bundesvoranschlag geziert. Die Valutenumsatzsteuer ist auf ein Vierzigstel, auf dürftige 250.000 S, eingegangen! (Entrüstungsrufe.)

Eine andre Umsatzsteuer allerdings zeigt eine ganz entgegengesetzte Entwicklung. Das ist

die Warenumsatzsteuer.

Gegen die haben die Banken gar nichts einzuwenden. Deshalb ist sie auch von 44 Millionen Schilling im Jahre 1923 auf 212 Millionen Schilling für heuer emporgeblüht. Es gibt nichts, was dieser Warenumsatzsteuer entgeht.

Wenn die Gemeinde beispielsweise eine Wärmestube betreibt, so ist die dort verheizte Kohle mit der Warenumsatzsteuer belastet. Wenn sich ein Arbeitsloser ein Kilogramm Kartoffeln kauft, so ist im Preise die Warenumsatzsteuer enthalten. Wenn eine Mutter für ihr krankes Kind Medizin aus der Apotheke holt, so hat sie Warenumsatzsteuer zu bezahlen.

Warenumsatzsteuer, wenn man sich ein Paar Schuhe kauft, Warenumsatzsteuer für die Dienstleistung der Hebamme, die ein Kind zur Welt bringen hilft,

Warenumsatzsteuer für das Leichenbegängnis!

Die Länder haben einen Anteil an der Warenumsatzsteuer, aber sie dürfen bei ihrer Gestaltung kein Wort mitreden. Sonst würden wir niemals dulden, daß der Aufbau der Warenumsatzsteuer ein so volksfeindlicher ist, wie man ihn sich ärger gar nicht vorstellen kann. Ein Beispiel für tausend: Noch im Jänner 1926 war Mehl mit dem schon ganz ungeheuren Satz von sechseinhalb Prozent belastet. Das war dem Bundesfinanzminister zu wenig. Er hat im Verordnungsweg, ohne den Nationalrat zu befragen, mit einem Federstrich die Erhöhung auf sieben Prozent verfügt.

Sieben Prozent für Mehl, das heißt fürs Brot der arbeitenden Menschen!

Ein Gegengewicht aber muß sein. An dem gleichen Tage hat der Finanzminister die Warenumsatzsteuer für Automobile, die aus dem Ausland eingeführt werden, von acht Prozent auf sieben Prozent ermäßigt! Wir haben in Oesterreich eine Automobilindustrie, die sehr zu kämpfen hat. Aber jene Herrschaften, denen die inländischen Automobile nicht gut genug sind, die sich nur in einem französischen, englischen

oder amerikanischen Wagen wohl fühlen, denen mußte dieses Vergnügen verbilligt werden.

Mehl und Auslandsautomobile bezahlen dieselbe Warenumsatzsteuer.

(Stürmische Entrüstungsrufe.) Kann es etwas Aufreizenderes geben? Kann sich die Denkweise dieser Bourgeoisie und ihrer Bundesregierung noch deutlicher ausprägen als in dieser einzigen Tatsache? Vielleicht doch noch. Vielleicht in der weiteren Feststellung, daß im Jahre 1924 die Börsenbesuchsabgabe dem Bund 900.000 S abgeliefert hat. Im Jahre 1927 wird sie indes nur noch 10.000 S tragen.

Die Börsenbesuchsabgabe ist eingeschrumpft auf ein Neunzigstel!

Man setzt die Warenumsatzsteuer für Mehl hinauf und macht die Börsenbesuchsabgabe so winzig, so verschwindend klein, daß man sie mit freiem Auge überhaupt nicht wahrzunehmen vermag. Alle die großen Banken, die Bankiers, einschließlich des Rothschild, diese tausende Börsenbesucher, von denen viele auch heute noch recht gute, recht einträgliche Geschäfte machen, sie alle zahlen zusammen eine jährliche Börsenbesuchsabgabe von 10.000 S! Ist es da ein Wunder, daß die Börsenpresse in den begeistertsten Tönen das Verständnis der Bundesregierung für die Bedürfnisse der „Wirtschaft" rühmt? Ist es angesichts dessen erstaunlich, daß die Banken gern bereit sind, die verkrachten christlichsozialen Schwindelgründungen zu sanieren? Ist es dann noch überraschend, daß der christlichsoziale Wahlfonds von den Banken liebevoll gefüttert wird?

Welch eine Flut von Verbrechen begeht hingegen

dieses rote, vom Steuersadismus beherrschte Wien!

Da müssen die Banken und Bankiers die doppelte Fürsorgeabgabe entrichten! Das kann die Bourgeoisie auf die Dauer nicht ertragen. Das hat die Christlichsozialen bis zur Obstruktion im Gemeinderat gereizt. An der Spitze ihrer Forderungen steht das Verlangen nach gänzlicher Abschaffung der

Nahrungs- oder Genußmittelabgabe.

Wir haben in Wien gegenwärtig 95.000 Arbeitslose. In den Ländern draußen ist die Zahl 128.000. Noch weit höher als bei uns. Aber diese 95.000 sind etwas Furchtbares. Es ist unfaßbar, welche Summe von Not und Grauen, von Kümmernis und Verzweiflung darin eingeschlossen ist. Darunter sind Arbeitslose, die schon seit zwei Jahren, manche sogar noch länger keine Arbeit mehr finden konnten. Die höchste Arbeitslosenunterstützung beträgt für den Verheirateten mit mehr als drei Kindern 21 S 70 g in der Woche.

Und in einer solchen Stadt, und in einer solchen Zeit, tagt unter Vorsitz eines christlichsozialen Gemeinderates, angefeuert von den Begrüßungsworten eines christlichsozialen Stadtrates, eine Versammlung und hat den Mut, an die Spitze ihrer Wünsche die Forderung zu stellen: Die Nahrungs- oder Genußmittelabgabe für die Nachtlokale, für die Bars, für die Heurigen, für die Konzertkaffeehäuser, für die Konzertrestaurants, für den Sacher, für das Hotel Imperial, für Bristol und Grand Hotel muß aufgehoben werden!

(Pfui!) Hier gibt es kein Verdunkeln des Tatbestandes. Von 3623 Gasthäusern, die in Wien im Betrieb sind, hat der Magistrat bloß 775 eingereiht, es sind also 2848 Gasthäuser vollkommen abgabefrei. Bei den Kaffeesiedern sind 848 eingereiht und 806 steuerfrei; bei den Zuckerbäckern 218 eingereiht und 552 gänzlich abgabefrei. Aber auch von den tatsächlich eingereihten 775 Gasthäusern zahlen 638 Lokale nur ein bis höchstens sechs Prozent.

Bloß elf Lokale in ganz Wien haben den höchsten Steuersatz von fünfzehn Prozent zu entrichten.

Wenn sich dieses Volk von Wien noch ein Stück ehrlichen Zornes bewahrt hat, dann muß ein einziger gellender Schrei der Entrüstung durch diese Stadt gehen, angesichts der Schamlosigkeit, angesichts der Frivolität, daß diese Christlichsozialen tatsächlich keine andre Sorge kennen, als die Steuerfreiheit für Nachtlokale, für Bars und für Luxusbetriebe zu fordern.

Das Organ der Banken und der Industrie, die „Neue Freie Presse“ (Pfuirufe), hat ihren Leitartikel über den Gemeindevoranschlag für 1927

„Fürsorgeinflation“

betitelt. Es ist ein infames, es ist ein aufreizendes Wort. Es darf nie vergessen werden. Dieses eine einzige Wort gibt einen tieferen Einblick in die Denkweise der Bourgeoisie, als die dickleibigsten Bände es vermöchten. Das gewaltige Fürsorgewerk der Gemeinde ist die Bürgschaft, daß die neuen Generationen einer froheren Zukunft entgegengehen. Die Besitzenden aber sehen darin nichts andres als grenzenlose Verschwendung und suchen als härteste Verurteilung jenes Wort, das den größten Schrecken ausgelöst hat: „Inflation“.

Diese Bezeichnung ist als Schimpf gedacht, aber wir können sie als Ehrennamen aufnehmen.

(Stürmischer Beifall.) Es ist wahr, daß diese Stadtverwaltung seit 1919 das Fürsorgewesen völlig neu gestaltet und in einer früher in Wien nie gekannten Weise ausgebaut hat. Fürsorgeinflation ist es offenbar, daß die Gemeinde die unterernährten Kinder in den Volks- und Bürgerschulen, in den Kindergärten ausspeist. Die Christlichsozialen sind diesem Problem auf ganz andre Weise beigekommen. Im Jahre 1903 schilderten die Lehrer von Ottakring in einem Aufruf das herzzerreißende Elend von 18.000 frierenden und hungernden Schulkindern bloß in diesem einen Wiener Gemeindebezirk. Damals wurden die beiden Ottakringer Lehrer Seitz und Martinek, die an der Spitze dieser Aktion standen, in Disziplinaruntersuchung gezogen. Martinek ist heute Vorsteherstellvertreter der Josefstadt, Seitz ist unser Bürgermeister. (Brausender Beifall und Rufe „Hoch Seitz!“) Die Steuer der Nachtlokale und Bars ist so groß, daß wir damit die Kosten der Schülerausspeisung bestreiten können. Die Christlichsozialen verlangen die vollständige Steuerfreiheit für Nachtlokale und Bars. Sie wollen, daß die Prasser und Schlemmer den Champagner verbilligt bekommen. Wir aber glauben, daß es unendlich wichtiger und moralischer ist, die Schieber ordentlich zahlen zu lassen und mit diesen Steuern unterernährte Schulkinder auszuspeisen. Fürsorgeinflation ist es, daß die Gemeinde

hat, die von der privaten Wohltätigkeit gänzlich im Stich gelassen worden sind. Die Christlichsozialen haben sich auch mit dieser Frage in ihrer Art auseinandergesetzt. Unter Lueger hat die Gemeinde einen Prozeß vor dem Verwaltungsgerichtshof geführt und den Nachweis erbracht, daß sie keine gesetzliche Verpflichtung habe, Kinderspitäler zu errichten und zu führen. Sie hat diesen Prozeß gewonnen. Uns war die Rechtsfrage gleichgültig. (Beifall.) Das Volk braucht Kinderspitäler! (Neuer Beifall.) Die Steuer von den Fußballspielen bringt 850.000 S und damit decken wir die Betriebskosten der Kinderspitäler.

396.000 S geben wir für die Schulzahnkliniken aus. 200.000 S von diesen Betriebskosten liefern uns die vier größten Wiener Konditoreien, Demel, Gerstner, Sluka und Lehmann. Nimmt man dazu noch die Steuer des Schottenkellers, des Klosterneuburgerkellers und von drei Stehweinhallen, so ist für die Bedeckung vorgesorgt. Die Christlichsozialen aber wünschen die völlige Steuerfreiheit für alle diese Betriebe. Sie sind wahrscheinlich ebenso gern bereit, auf die Schulzahnkliniken zu verzichten. Die Schulärzte kosten 104.000 S. Schon Lueger hat sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigt und sie mit der Bemerkung erledigt, die Schulärzte könnten „die Madln zu genau untersuchen". Mit dieser frivolen Verdächtigung der Wiener Aerzteschaft war die Sache abgetan. Die 104.000 S und noch etwas darüber zahlt uns als Nahrungs- oder Genußmittelabgabe der Sacher. Wenn es nach dem Willen der christlichsozialen Gewerbetreibenden gehen würde, hätte er künftig keinen Groschen Steuer zu entrichten.

Steuerfreiheit für den Sacher! Abschaffung der Schulärzte!

Den Begriff Kinderfreibäder hat man in Wien bis zu unserer Verwaltung überhaupt nicht gekannt. Wir verwenden dafür im Jahre 1927 den Betrag von 460.000 S. Diese 460.000 S holen wir uns aus der Nahrungs- oder Genußmittelabgabe des Grand Hotel, des Hotel Bristol und des Hotel Imperial vollauf. Ja, es bleiben noch 180.000 S übrig. Sie finden eine ausgezeichnete Verwendung für die Fürsorgeinflation, die in der Errichtung von Lehrlingsheimen gelegen ist! (Heiterkeit und Bravo!)

Vor wenigen Wochen ist das erste städtische Entbindungsheim eröffnet worden. Die Baukosten waren 2,260.000 S. Wir haben mit der in einem Jahre von den Stundenhotels gezahlten Steuer dieses Entbindungsheim erbauen können. Mögen sich die Christlichsozialen mit ihren Anträgen nur die Gunst und die Stimmen der Besitzer der Wiener Stundenhotels erwerben. Jede Frau aus dem Volke aber, die in dem aus der Steuer der Stundenhotels geschaffenen Entbindungsheim gewesen ist, wird diese Einrichtung nie vergessen. Aber auch um die Betriebskosten dieses Entbindungsheims braucht uns nicht bange zu sein.

Genau so viel zahlt nämlich der Jockeiklub für die Pferderennen Steuer,

als wir für dieses Entbindungsheim benötigen. (Lebhafter Beifall.)

Herzbewegend jammern die Christlichsozialen über die Besteuerung der Tanzfeste. Eigentlich sollten sie über diese Abgabe entzückt sein. Es werden ja fast nur die von den Bischöfen verurteilten modernen Tänze getanzt. Wir heben allerdings die Lustbarkeitsabgabe nicht als Gegner des Shimmy ein, wir bevormunden die Jugend nicht in diesen Dingen. Wir verlangen die Steuer,

weil wir sie für die Kindergärten brauchen,

die von 52 im Jahre 1919 auf 108 gestiegen sind; für die Mutterberatungsstellen, von denen es im Frieden eine einzige gegeben hat, während wir jetzt 24 betreiben; für die 85 Kinderhorte, die es unter den Christlichsozialen überhaupt nicht gegeben hat. Darum besteuern wir die Tanzfeste, die aber trotzdem immer mehr zunehmen.

Die Tuberkulose hat sich in Wien immer die stärksten Opfer geholt, sie führt ja geradezu die Bezeichnung „Wiener Krankheit". Trotzdem haben die Christlichsozialen im Frieden nicht mehr als 40.000 Kronen für die Bekämpfung der Tuberkulose ausgegeben. Wir aber haben die Tuberkulosenheilstätte Baumgartnerhöhe, die Erholungsstätten für Leichttuberkulotiker Kreuzwiese und Himmelstraße errichtet und es stehen gegenwärtig der Gemeinde 2300 Betten für Tuberkulotiker zur Verfügung. Das kostet jährlich 5·2 Millionen Schilling. Die Christlichsozialen haben verlangt, daß wir die Anzeigenabgabe auf die Hälfte herabsetzen sollen.

Das wäre hauptsächlich ein Riesengeschenk für die „Neue Freie Presse", für das „Neue Wiener Tagblatt", für das „Neue Wiener Journal", welche drei Blätter allein die Hälfte der ganzen Wiener Anzeigenabgabe bezahlen müssen. Die Christlichsozialen möchten sich bei diesen drei Blättern, die so unentwegt die Gemeindeverwaltung beschimpfen, erkenntlich zeigen. Wir aber glauben, daß es viel besser ist, diese Zeitungen so wie bisher zu besteuern und mit diesem Gelde Heilstätten für Tuberkulotiker zu betreiben.

Wir haben eine neue, moderne Kinderübernahmsstelle errichtet, die in der Welt als eine Sehenswürdigkeit gilt und von Fachleuten aus allen Ländern aufgesucht und bewundert wird. Auch die Christlichsozialen haben eine Kinderübernahmsstelle gehabt. Sie war gleichfalls eine Sehenswürdigkeit in ihrer Art. Ein altes, ehemaliges Kloster in der Siebenbrunnengasse, feucht, finster, ohne Luft, ohne Sonne, so das richtige Quartier für eine Engelmacherin. Unsere Kinderübernahmsstelle hat 3·4 Millionen Schilling Baukosten erfordert. Das entspricht dem Steuerertrag eines halben Jahres der Wiener Kinos, und man wird wohl finden, daß das eine gute Verwendung für diese Steuer ist. Die Betriebskosten sind jährlich 380.000 Schilling. So viel liefern uns die Heurigen an Nahrungs- oder Genußmittelabgabe und deshalb können wir den Wunsch der Christlichsozialen, die Heurigen steuerfrei zu lassen, ganz und gar nicht erfüllen.

Die Christlichsozialen erzählen den arbeitslosen Hausgehilfinnen, daß die Hauspersonalabgabe schuld sei, wenn sie keinen Posten finden. Das ist eine Lüge. Für die erste Hausgehilfin ist überhaupt keine Abgabe zu entrichten. Für die zweite Hausgehilfin beträgt die Steuer 50 Schilling jährlich oder vier Schilling im Monat. Wenn man überlegt, was das Halten von zwei Hausgehilfinnen an Lohn und Kost ausmacht, dann wird niemand behaupten können, daß diese vier Schilling Gemeindeabgabe irgendeine Rolle spielen. Richtig ist, daß durch den Zusammenbruch der Frankenspekulation viele Leute ihr Geld verloren haben und ihren Haushalt verkleinern mußten. Richtig ist, daß sehr, sehr viele Menschen, die ihre Ersparnisse, ihr ganzes Vermögen den christlichsozialen Schwindelbanken als Einlage anvertraut haben, die Aktien dieser christlichsozialen Banken gekauft

hatten, zu Bettlern geworden sind. Sie können sich keine Hausgehilfin mehr halten, ja es müssen sogar Frauen aus solchen Familien, selbst um eine Stelle sich umsehen. Das aber ist einzig und allein die Schuld der christlichsozialen Partei, die als Ausrede für ihre Sünden die Hauspersonalabgabe benützen möchte. Die sozialdemokratische Wiener Gemeindeverwaltung kennt ganz genau die Sorgen der Hausgehilfinnen. Wir sind bemüht, gerade den Hausgehilfinnen zu helfen. So ist eben jetzt ein Heim für stellenlose Hausgehilfinnen in Errichtung. Hundert Frauen werden dort eine wirklich anständige Unterkunft finden. In nächster Zeit wollen wir aber noch weitere Fürsorgeeinrichtungen für die Hausgehilfinnen schaffen und diesem Kreis schwer arbeitender Menschen den Beweis liefern, daß auch für sie nur die sozialdemokratische Stadtverwaltung Verständnis hat und sie in den Kreis der Befürsorgten einbezieht.

Früher war es eine ständige Rubrik in den Zeitungen, daß Kinder, die auf der Straße spielten, überfahren und schwer verletzt oder gar getötet wurden. Davon hört man jetzt viel weniger. Der Grund liegt darin, daß unsere Verwaltung 28 Spielplätze errichtet hat, von denen 12 im Winter als Eislaufplätze betrieben werden. Die Kosten von 232.000 Schilling holen wir uns auf sehr einfache Weise. Wenn die Bourgeoisie zu den Trabrennen fährt, dort spielt, dann muß sie uns eben soviel Steuer entrichten, als für die Spiel- und Eislaufplätze der Jugend notwendig ist.

Die Wärmestuben hat früher ein Privatverein betrieben, der immer betteln gehen mußte und nie genug Geld zusammenbekam. Wir glauben, daß das eine Pflicht der Gemeinde ist und daß es kein Unrecht bedeutet, wenn die Gäste des Graben-Café, die dort warm und behaglich sitzen, durch eine kleine Verteuerung die Kosten für die Führung der Wärmestuben aufbringen.

In gleicher Weise holen wir uns das Geld für die Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranke, für die Beratungs- und Behandlungsstelle für Geschlechtskranke, für die Trinkerfürsorgestelle. So holen wir uns jene 873.000 Schilling, die wir benötigen, um Lehrlinge und Schulkinder im Sommer aufs Land zu schicken.

Ja, ich sage Ihnen noch mehr. Die Fürsorgeinflation schreitet unausgesetzt weiter. Ich

verrate ein Amtsgeheimnis. Mit Zustimmung des Bürgermeisters ist eben jetzt ein Antrag in Ausarbeitung, der eine Anregung des Stadtrates Professor Dr. Tandler verwirklichen soll.

Künftighin wird nämlich jede Wiener Frau für ihr neugebornes Kind die notwendige Wäsche von der Gemeinde unentgeltlich beigestellt erhalten.

(Stürmischer Beifall und Rufe „Hoch Breitner!") Die Frauen, die darauf Anspruch erheben, werden sich bloß innerhalb der ersten sieben Monate der Schwangerschaft bei dem Jugendamt des Bezirkes zu melden haben. Damit soll die schmachvolle Erinnerung an die Kriegszeiten ausgetilgt werden, in denen die Mütter ihre Säuglinge in Zeitungspapier wickeln mußten. Diese neue Fürsorgeinflation wird eine schöne Anzahl Milliarden kosten. Seien Sie indes überzeugt und ganz beruhigt, wir werden es schon verstehen, das hiefür erforderliche Geld aufzubringen! So, wie wir es verstanden haben, das Geld herbeizuschaffen für den

Ankauf des Habsburgerschlosses Wilhelminenberg.

Dieses Schloß wird künftig die viel edlere Bestimmung haben, ein städtisches Kinderheim zu sein. Es soll noch in diesem Frühling der Benützung übergeben werden. Da haben Sie in voller Schärfe den Gegensatz des alten und des neuen Wien. Das Bürgertum ist in Demut und Ehrfurcht erstorben vor diesen Habsburgern, die so grauenvolles Elend über uns gebracht haben. Die Sozialdemokraten aber erwerben das Habsburgerschloß und machen daraus ein Heim für Kinder des Proletariats! (Neuerlicher stürmischer Beifall.)

Den ganzen Haß gegen die sozialdemokratische Stadtverwaltung, aber auch die ganze Erbitterung über die Besteuerung der Besitzenden konnte man in den letzten Tagen an dem

Fall Lanckoronski

ersehen. Die bürgerlichen Blätter haben dieser Angelegenheit ganze Spalten gewidmet und eine Flut von Beschimpfungen darin ergossen. In Wien lebt ein reicher polnischer Großgrundbesitzer, ein Graf Lanckoronski. Er hat

sich in der Jacquingasse ein prachtvolles, schloßartiges Palais erbaut, das von einem riesigen Park umgeben ist. Es enthält 8 Säle, 26 Zimmer, 4 Kabinette samt Nebenräumen. Die Halle allein hat das Flächenmaß von vier Arbeiterwohnungen. Selbstverständlich fehlt es nicht an einer eigenen Schloßkapelle. Sechs Badezimmer sind vorhanden. Der Magistrat hat pflichtgemäß den Mietwert durch Vergleich mit 60.018 Goldkronen ermittelt. Graf Lanckoronski hat die Einwendung erhoben, daß ein Teil des Palais als Museum zu betrachten sei. Der Verwaltungsgerichtshof, die oberste Stelle in solchen Streitfragen, hat den Fall eingehend geprüft und Graf Lanckoronski wurde mit der Klage abgewiesen. Er hat aber Verteidiger gefunden, die sich über das Vorgehen der Gemeinde entrüsten. Die „Neue Freie Presse" spricht von einem „Steuerfeldzug gegen die Kunst". Die „Reichspost" aber geht noch viel weiter. Wie lautet wohl der Titel jenes Artikels, der sich mit dem Fall Lanckoronski beschäftigt? „Die Wiener Steuerschande!" Eine Steuerschande also ist es in den Augen der Christlichsozialen, daß ein Mann, der ein prunkvolles, mit Kunstschätzen angefülltes Schloß bewohnt, jährlich 28.776 S Wohnbausteuer bezahlen muß. Eine Wiener Steuerschande soll es sein, daß für einen so ungeheuren Luxus wenigstens so viel an die Gemeinde zu entrichten ist, daß

mit diesem Gelde jedes Jahr doch zwei neue Wohnungen,

bestehend aus Zimmer, Kabinett und Küche, gebaut werden könnten. Zwei Proletarierfamilien können eine gesunde Unterkunft finden! Tausende warten noch auf eine Wohnung. Tausende schmachten in ungesunden, feuchten, Tuberkulose zeugenden Löchern, die unter Duldung der christlichsozialen Verwaltung von den Bauspekulanten der Vorkriegszeit geschaffen wurden. Als eine unauslöschliche Schande würde ich es empfinden, das Steuerreferat zu führen, ohne daß Leute, die sich einen derartigen maßlosen Luxus gönnen, zumindest einigermaßen zur Linderung der Wohnungsnot der Besitzlosen beitragen müssen. (Beifall.)

Damit komme ich zu jener Grenzlinie, die stärker noch als alle andern Gegensätze uns von den Bürgerlichen scheidet.

Zu der großen, für das arbeitende Volk von Wien unmittelbar an das Leben greifenden Frage der unveränderten

Aufrechterhaltung des Mieterschutzes.

Heute stehen in Wien den 600.000 Mietern keine 25.000 inländischen Hausbesitzer gegenüber. Es ist einfach nicht zu verstehen, daß hunderttausende Mieter in schreckliches Elend und Verzweiflung gestoßen werden sollen, nur damit eine gewaltige Rente ins Ausland fließt. Man gebe sich über die Folgen einer Lockerung des Mieterschutzes keiner Täuschung hin. Vor dem Kriege sind in Wien

wöchentlich fünfzig Parteien delogiert worden.

Angesichts der Verelendung der Massen, angesichts der Arbeitslosigkeit ist es keine Uebertreibung, wenn man da eine Verzwanzigfachung befürchtet.

Ohne Mieterschutz würden es gewiß nicht weniger als tausend Familien in jeder Woche sein, denen man den Hausrat einfach auf die Gasse stellt, weil sie ihren Tribut an den Hausherrn nicht zu entrichten vermöchten.

Außer den Arbeitern und Angestellten müßten vor allem die Gewerbetreibenden, die Kaufleute sich dessen bewußt werden, daß jede Schmälerung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde, aber auch jede Erhöhung der Mietzinse ihnen die Kundschaft wegnimmt. Diese Kreise spüren es heute schon in stärkstem Maße, daß die Arbeitslosigkeit ihnen zehntausende Kunden geraubt hat. Ihre Lage wird noch unendlich schlechter werden, wenn die Gesamtheit aller werktätigen Menschen

bloß für den Hausbesitzer zu arbeiten hat.

Dazu noch für ausländische Hausbesitzer, für den Hausbesitz der Aktiengesellschaften, der Klöster, von denen gewiß keine Belebung des Wiener Geschäftes als Folge ihrer erhöhten Einnahmen zu erwarten ist. Am allerschlechtesten aber werden ganz gewiß die Intellektuellen, die Angehörigen der freien Berufe, abschneiden. Das gilt auch für jene Familien, die eigentlich nur noch durch ihr Gefühlsleben,

durch die Erinnerung an frühere Zeiten mit der Bourgeoisie verbunden sind, ihr aber nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen längst nicht mehr zugehören. Sie werden das einzige verlieren, was ihnen noch geblieben ist und oft auch für sie durch Untermiete die einzige Einnahmsquelle bildet: die gute, billige Wohnung. Wenn der christlichsoziale Anschlag gelingt, werden gerade sie die ersten sein, die ganz erbarmungslos hinausfliegen. Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen aber haben unter dem Vorsitz eines christlichsozialen Gemeinderates und feierlichst begrüßt von einem christlichsozialen Stadtrat Wiener Gewerbetreibende den Beschluß gefaßt,

die Gemeinde zur Einstellung ihrer Wohnbautätigkeit aus Steuergeldern aufzufordern.

(Lebhafte Rufe: Niemals!) Es wird uns gnädig gestattet, die schon beschlossenen und begonnenen Wohnbauten zu Ende zu führen. (Heiterkeit.) Binnen dreißig Tagen hat sich die Mehrheit im Rathaus zu diesem Ansinnen zu äußern. Wir benötigen keine so lange Frist zur Entscheidung. In einer Sekunde war die Antwort fertig. Diese Antwort hat nicht nur die Gemeinderatsmehrheit bereits gegeben, sondern mit ihr die erdrückende Masse der Wiener Bevölkerung.

Ein Schrei der Wut und der Empörung geht durch Wien.

Der Aufmarsch zur heutigen Versammlung, so groß und gewaltig er auch ist, bildet nur einen ganz bescheidenen Ausdruck jener Erbitterung, von der die Wiener Mieterschaft erfüllt ist.

Aber schon heute ist eine gewaltige, durch nichts mehr aus der Welt zu schaffende Tatsache gesetzt worden.

Die Gemeinde Wien verwaltet gegenwärtig bereits 35.000 Wohnungen. Bis zum Jahresende werden wohl noch 10.000 hinzukommen. Es wird keinem noch so reichen Menschen jemals mehr möglich sein, eine auch nur annähernd so große Zahl von Wohnungen in seiner Hand zu vereinigen.

Gerade weil diese Häuser aus Steuern gebaut sind, ist kein Baukapital zu verzinsen. Infolgedessen können die Mieten

entsprechend niedrig gehalten werden. Deshalb das Verlangen, daß diese Wohnbauten der Gemeinde eingestellt werden sollen, diese schärfste Konkurrenz für die schlechten Wohnungen der privaten Hausbesitzer. Die Hausherren erkennen, daß ihr Spiel sehr bald für immer verloren sein wird! (Stürmischer Beifall.) 118 Millionen Schilling stehen im Voranschlag 1927 für Wohnhausbauten. Mehr als je zuvor.

Der Wohnhausbau ist nach unserer Meinung für alle Zukunft Aufgabe der Gemeinde.

Eine Leistung, die sich Jahr für Jahr wiederholt und die daher selbstverständlich nur aus Steuern bestritten werden kann, ganz genau so wie die Führung der Schulen oder der Humanitätsanstalten.

Das Bürgertum rüstet sich zu einem gewaltigen Kampfe.

Banken und Industrie stellen reichliche Mittel zur Verfügung, Zeitungen werden aufgekauft und subventioniert. Ein Riesenlärm soll von dem Sündenregister der Regierung, von dem völligen Versagen bürgerlicher Verwaltungsfähigkeit ablenken. Wir haben 1919 dieses Bürgertum feige und zitternd gesehen. Die Christlichsozialen, die jetzt den Mund so voll nehmen, haben sich vor dem Zorne des Volkes förmlich verkrochen. Sie waren geradezu glücklich, daß sie nicht mehr verwalten mußten. Sie haben darauf gerechnet, daß die Sozialdemokraten die unendlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit nicht würden überwinden können. Sie haben geglaubt, daß die bis dahin von jeder Teilnahme an der Verwaltung ausgeschlossenen Sozialdemokraten sehr bald zusammenbrechen würden. Sie haben gehofft, daß man dann sie als die Retter in der Not, als die erfahrenen Verwalter, im Triumph heimholen werde.

Sie haben eine bittere Enttäuschung erlebt.

(Lebhafter Beifall.) Es kamen die Wahlen vom Oktober 1923 mit einem noch größeren Sieg der Sozialdemokraten. Gewaltige Arbeitsprogramme waren aufgestellt worden. Der Bau von 25.000 Wohnungen, die Elektrifizierung der Stadtbahn, die Einführung des Colonialsystems an Stelle des alten Mist-

bauers, die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, Ausgestaltung des Fürsorgewesens. Die Christlichsozialen haben ja alle unsere großen Projekte immer nur als einen bloßen Wahlschwindel bezeichnet. Auch damit haben sie eine schmerzliche Enttäuschung erlitten.

Aus den 25.000 Wohnungen, die bis Ende 1928 fertig sein sollten, werden 30.000 Wohnungen.

(Großer Beifall.) Die Stadtbahn ist längst elektrifiziert und ohne Sondertarif dem Netze der Straßenbahn eingefügt. Demnächst wird die zehntausendste elektrische Straßenlampe angezündet werden. Im Sommer kann als eine Volksbelustigung die feierliche Verbrennung des letzten Mistbauerwagens erfolgen. Daneben sind Bäder, Gärten, ein großer Brückenbau, Fürsorgeeinrichtungen aller Art entstanden und noch unausgesetzt im Werden. Von einem Wahlschwindel zu sprechen, geht also nicht mehr.

Jeder weiß heute, daß wir unsere Versprechungen nicht nur halten, sondern weit übertreffen. Jeder kann sich mit eigenen Augen davon überzeugen, wie diese Wahrzeichen des neuen Wien aus dem Boden wachsen.

(Brausender Beifall.) Darum dieser gewaltige und gemeinsame Ansturm gegen das rote Rathaus.

Die Christlichsozialen berauschen sich an der Zustimmung der kapitalistischen Presse, die im Solde der Banken steht. Sie blähen sich auf, weil die Hausbesitzer, die Inhaber der Nachtlokale, der Bars, der Heurigenschenken, der Luxuslokale, der Stundenhotels ihnen zujubeln.

Sie glauben eine großartige Leistung vollbracht zu haben, weil sie die Budgetdebatte im Gemeinderat bis Ende Jänner verschleppen konnten. Wir haben ihnen dieses kindische Vergnügen ein paar Wochen gegönnt und, als die Sache zu langweilig wurde,

haben wir Schluß gemacht.

Es ist eine trügerische Hoffnung, wenn die Bourgeoisie vermeint, die Macht in Wien zurückerobern zu können. Die Mitgliederzahlen der Wiener sozialdemo-

politischen Parteiorganisation sprechen eine deutliche Sprache. Am 30. Juni 1918 war die Zahl der Organisierten 46.000.

Nach dem großen Sturm der Revolution, als das ganze Wiener Bürgertum von der Bildfläche verschwunden zu sein schien, hatten wir 105.000 Mitglieder. Im Juli 1923, also vor den letzten Wahlen, war der Stand 199.000. **Jetzt aber sind wir bei 326.000 angelangt, unter ihnen mehr als 100.000 Frauen.** Das ist eine so gewaltige Entwicklung, wie sie keine andere Partei auch nur annähernd aufzuweisen hat, die aber auch innerhalb der Sozialdemokratie der Welt beispiellos dasteht.

Trotzdem dürfen aber auch wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß wir den schwersten, den schärfsten Wahlkämpfen entgegengehen, die je in Wien geführt worden sind. Den Gegnern stehen Geldmittel in unbegrenztem Maße zur Verfügung. Für sie arbeitet der ganze machtvolle Apparat der katholischen Kirche. Das Bürgertum vergißt alle Unterschiede und vereinigt sich unter der Führung der Christlichsozialen zu einer einzigen reaktionären Masse. Darauf gibt es nur eine Antwort. Das ist ein noch weit stärkerer, ein noch **viel engerer Zusammenschluß aller arbeitenden Menschen** in dieser Stadt. Der Ansturm gegen die Gemeinde muß mit einem

Werbesturm für die sozialdemokratische Partei

beantwortet werden. Niemand darf beiseitestehen! Keiner hat das Recht auf Teilnahmslosigkeit, wenn es um seine, um seiner Kinder Zukunft geht!

Alle müssen sich zusammenfinden, die ihren Kindern eine gute Schule bewahren wollen, alle, denen die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des großen Fürsorgewerkes der Gemeinde am Herzen liegt, vor allem andern aber und ausnahmslos alle, die ihr schützendes Obdach nicht verlieren wollen!

Um große geistige und materielle Ziele wird gerungen werden. **Die Sozialdemokratie hat ihre Fähigkeit zur Verwaltung bewiesen.** Es ist eine reine

Verwaltung, frei von jedem Schmutz, frei von jener Verschleuderung der öffentlichen Gelder, die das unauslöschliche Schandzeichen der christlichsozialen Verwaltung im Bunde bilden.

Wir haben unter der Führung Glöckels eine Schulreform ins Werk gesetzt, die von den Fachleuten der ganzen Welt anerkannt wird. Das Bildungsprivileg der Besitzenden soll durchbrochen, das Wissen auch den Kindern des Volkes zugänglich gemacht werden. Die unentgeltlichen Lernmittel an Stelle der „Armenlernmittel", die Stipendien für Mittel- und Hochschüler ergänzen dieses große segensreiche Stück Aufbau einer glücklicheren Zukunft. Auch gegen die Schulreform wenden sich die Christlichsozialen mit neidvollem Haß. Sie wollen keine denkenden Arbeiter, sie wollen gefügige Arbeitsmaschinen, die sich stumm und gottergeben ausbeuten lassen.

Wir heben Steuern ein, aber wir verwalten sie mit gewissenhafter Treue und verwenden sie ausschließlich zum Wohle des arbeitenden Volkes.

(Brausender Beifall.) Wir haben uns nicht zu verteidigen, wir müssen vielmehr angreifen. Stürmisch und voller Zuversicht! Ob die Wahlen im Frühjahr oder im Herbst sein werden, ist noch ungewiß. Jeder Zeitpunkt aber muß uns gerüstet finden. Das Ziel ist groß und heilig.

Es gilt die Aufrechterhaltung der Volksherrschaft in dieser einzigen Großstadt der Welt, die von Sozialdemokraten verwaltet wird.

Zu einem neuen, zu einem noch glanzvolleren Siege als 1919 und 1923 müssen wir die Fahne des Sozialismus tragen!

Wien ist rot und muß es immer bleiben!

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: August Scholz, Beamter, Wien VI, Gumpendorferstraße Nr. 18. — Druck: „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile Nr. 97.

Großbuchbinderei
Guido Baer
Wien XV
14435